

Haushaltsrede 2018– FW-Fraktion der Stadt Abensberg

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Dank an Bürger und Bürgerinnen sowie an die Unternehmen

gleich zum Anfang ein Dankeschön an unsere Verwaltung und unsere hart arbeitende Bevölkerung, unsere Bürgerinnen und Bürger, die es der Stadt Abensberg erlauben, die geplanten Ausgaben in 2018 zu tätigen (Einnahmen aus Grundsteuer B 1,33 Mio. Euro – Vorjahr Ansatz 1,33 Mio. Euro – tatsächlich 1,4 Mio. Euro, ESt-Beteiligung in Höhe von 8,2 Mio. Euro – Vorjahr Ansatz 7,17 Mio. Euro –tatsächlich 7,5 Mio. Euro und Umsatzsteueranteil 1 Mio. Euro – Vorjahr Ansatz 0,65 Mio. Euro – tatsächlich 0,65 Mio. Euro).

Ein Dankeschön auch an die Unternehmen, die per Gewerbesteuer zum Wohl unserer Stadt beitragen (Einnahmen in Höhe von 6,5 Mio. Euro - Vorjahr Ansatz 5,3 Mio. Euro – tatsächlich 7,19 Mio. Euro).

Sie heben sich weiterhin wohltuend von international agierenden Konzernen ab, die fast keinen Cent in unsere Steuerkassen fließen lassen.

Von den 25,2 Mio. Euro Einnahmen im Haushalt der Stadt Abensberg kommen fast 16 Mio. Euro von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Abensberg sowie von den kleinen und mittleren Betrieben, die in unseren schönen Stadt Abensberg tätig sind.

Bildung

Wie viele andere Kommunen investiert derzeit auch die Stadt Abensberg in die Bildung. Das finden wir gut und unterstützen wir auch.

Gut ausgebildete Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft.

Damit ist auch schon Schluss mit dem erfreulichen Teil des Haushaltsentwurfs 2018 der Stadt Abensberg.

Nun zu dem unerfreulichen Teil des Haushaltsentwurfs 2018:
Wir weisen vorab darauf hin, dass wir viele Kleinigkeiten nicht aufführen, die unserer Auffassung nach den Bürgerinnen und Bürgern unnötig Geld

aus der Tasche ziehen. Dies würde den Rahmen des heutigen Abends sprengen.

Verschuldung

Bei der Stadt Abensberg werden mehr als die Hälfte der Schulden in die Beteiligungsgesellschaft SEG verschoben, um insbesondere den Kernhaushalt in einem scheinbar „schönen Licht“ erscheinen zu lassen.

Zuletzt wurde vom Bürgermeister sogar von Konsolidierungspolitik (s. MZ vom 26.01.18 S.31) beim Haushalt der Stadt Abensberg gesprochen. Angesichts der Entwicklung der Schulden der Stadt Abensberg und ihrer Tochtergesellschaft (=Stadtentwicklungsgesellschaft SEG) kann davon aber keine Rede sein..

In 2018 sieht lt. Haushaltsentwurf der Stadt die Entwicklung der Schulden wie folgt aus:

Schulden laut Infos der Stadt Abensberg, s. Seiten 469 und 470 Hplan Abensberg					
	je 1.000 Euro				
	01.01.2018	Aufnahme	Tilgung	31.12.2018	
Stadt	4.435		254	4.181	
Stadtwerke	3.527		305	3.222	
SEG	2.575	10.500	1.473	11.602	
Schulverb.	2.315		130	2.185	
gesamt	12.852	10.500	2.162	21.190	
Einwohner					
13.540					
somit	1.071,00			1.765,83	
Schulden pro					
Kopf					

(zum Vergleich die Daten laut Haushaltsplan des Vorjahres 2017)

Schulden laut Infos der Stadt Abensberg

	je 1.000 Euro			
	01.01.2017	Aufnahme	Tilgung	31.12.2017
Stadt	4.689		254	4.435
Stadtwerke	3.826		305	3.521
SEG	1.548	1.500	1.721	1.327
Schulverb.	2.401		86	2.315
gesamt	12.464	1.500	2.366	11.598
Einwohner				
13.540				
somit	920,53			856,57
Schulden pro				
Kopf				

Es sind zu Jahresanfang fast 12,9 Mio. Euro Schulden, am Jahresende 2018 sollen es gemäß dem vorliegenden Haushaltsentwurf über 21 Mio. Euro Schulden sein.

Die Rücklagen betragen lt. Haushalt zum 1.1.18 „voraussichtlich“ 12,475 Mio. Euro (Vorjahr zum 1.1.17: 8,36 Mio. Euro) und zum 31.12.18 voraussichtlich 6,754 Mio. Euro (Vorjahr zum 31.12.17 waren geplant 5,08 Mio. Euro).

Von Schuldenfreiheit oder gar ausgeglichenen Schuldensalden kann zum Ende des Jahre 2018 keine Rede sein. Das Gegenteil ist der Fall.

Ablehnung der Erhöhung der Grundsteuer B von 393 auf 450 Punkte

Erstaunlich ist diese massive Verschuldung umso mehr, da die „Häuslebesitzer“ unter den Abensberger Bürgerinnen und Bürgern seit Jahren eine mit 393 Punkten über dem bayerischen Landesdurchschnitt von Gemeinden vergleichbarer Größenordnung (2016: 340 Punkte) liegende Grundsteuer B an die Stadt Abensberg entrichten müssen.

Einer Anhebung der Grundsteuer B auf 450 Punkte (= fast Niveau der kreisfreien Stadt Ingolstadt mit 460 Punkten) stimmen wir nicht zu – im Gegenteil. Angesichts der sprudelnden Steuereinnahmen und der vom Landkreis Kelheim beschlossenen, zum Teil kreditfinanzierten Senkung der Kreisumlage von 48 auf 46 Punkte (lt. Info der Stadtkämmerei bedeuten dies 290.000 Euro weniger an Ausgaben als im vorliegenden Haushaltsplanentwurf veranschlagt) finden wir es beschämend, dass trotzdem den Abensbergern höhere Abgaben auferlegt werden sollen. Wir halten stattdessen eine Senkung der Grundsteuer B auf den bayerischen Durchschnittssatz von 340 bei Gemeinden vergleichbarer Größenordnung (10.000 bis 20.000 Einwohner) für gerechtfertigt.

Gründe:

Die Erhöhung der Grundsteuer B ist eine einseitige Belastung der „Häuslebesitzer“ und Mieter, da die Stadt Abensberg ohne ersichtlichen Grund bei Forst- und Landwirten sowie bei Gewerbetreibenden von einer entsprechenden Anhebung des Hebesatzes absieht.

Dies stellt eine sachlich unbegründete nachteilhafte Schlechterbehandlung der großen Masse der Bürger/-innen Abensbergs dar und wirft ein schlechtes Licht auf das Finanzgebaren der einer Erhöhung zustimmenden Stadträte der Stadt Abensbergs.

Da Grundlage der Grundsteuer B ein Bundesgesetz ist, ist es beachtlich, dass es bereits Verwaltungsgerichte gibt, die einer willkürlichen Erhöhung der Grundsteuer durch Gemeinden einen Riegel vorschieben.

Zudem ein Hinweis – nicht zum ersten Mal – von mir:

Nach den neuesten vorliegenden öffentlich zugänglichen statistischen Quellen haben 48 % der Steuerpflichtigen in Abensberg ein monatliches zu versteuerndes Einkommen von weniger als 2.000 Euro, 30 % zwischen 2.000 und 4.000 Euro pro Monat und nur 22 % mehr als 4.000 Euro pro Monat.

Wer jeden Euro zweimal umdrehen müssen, bevor er ihn ausgibt, wird hier am stärksten getroffen und das sind insbesondere junge Familien.

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass versucht wird, die Grundsteuer B als Ersatz für die in 2013 geplanten und von uns verhinderten Straßenausbaubeiträge zu instrumentalisieren.

Über 190.000 Unterschriften für die Abschaffung der Strabs in Bayern auf den Listen der Freien Wähler sprechen jedoch eine deutliche Sprache, was die Bürgerinnen und Bürger von solchen Instrumenten halten.

Sanierung und Teilneubau Rathaus

Die Baumaßnahme Sanierung und Teilneubau Rathaus incl. dazugehöriger Höchstverschuldung seit der Amtsübernahme durch das Stadtoberhaupt wird in die Stadtentwicklungsgesellschaft verschoben.

Und dies obwohl Mittel in Millionenhöhe im Kernhaushalt zur Verfügung stehen, s. Rücklagen von derzeit 12 Mio. Euro laut Haushaltsentwurf. Auch wenn alle im Haushaltsentwurf aufgeführten Investitionen im Kernhaushalt im Jahr 2018 ausgeführt werden, stünden nach Ihrem vorgelegtem Haushaltsentwurf am Ende des Jahres über 6 Mio. Euro noch an Rücklagen zur Verfügung.

Und nun kommt der finanzielle Wahnsinn dieses Haushaltsentwurfs – statt diese Mittel soweit wie rechtlich möglich (die gesetzlich vorgeschriebene Mindestrücklage beträgt lt. Haushaltsentwurf 221.900 Euro) für die Sanierung und Teilneubau des Rathauses zu verwenden, zahlt man dafür Strafzinsen (derzeit 0,4 Prozent) (über die bereits 2017 gezahlte Höhe schweigt sich der Kämmerer im Vorbericht aus – gibt aber zu, dass solche entrichtet wurden und werden -s. S. 18 „Wie bereits im Vorjahr angekündigt, hat auch die Strafzinspolitik der Banken im Mai 2017 den Toren Abensbergs nicht halt gemacht.“).

Warum wurden die vorhandenen Rücklagen in 2017 nicht gestückelt als Spareinlagen zu 0 % angelegt?

Aber zurück zu 2018:

Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, werden über die SEG Kredite in Höhe von über 10 Mio. Euro aufgenommen, s. S. 500 des Haushaltsentwurfs (mit Schwerpunkt für die Baumaßnahme Sanierung und Teilneubau Rathaus – bisher genannte Kosten: im Mai 2017, s. MZ vom 9.5.17 S. 31 geschätzte Kosten von 6,25 Euro lt. Bericht, lt. Bürgerinfo der Stadt Abensberg vom Februar 2018 (S. 4) lt. Bürgermeister Kosten von 8- 9 Mio. Euro und laut der in der vor 2 Tagen statt gefundenen Gesellschafterversammlung genannten Kostenberechnung 7,9 Mio. Euro).

Dazu sollen nach bisherigem Kenntnisstand Darlehen bei Bank(en) aufgenommen werden.

Diese Pläne der Verantwortlichen der Stadt Abensberg beachten in keiner Weise die der kommunalen Haushaltswirtschaft innewohnenden Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Diese Pläne dienen nicht den Bürgerinnen und Bürgern Abensbergs, sondern belasten diese unnötig mit Zinsen, die die Stadt an die Bank(en) für diesen Unfug entrichten muss.

Auch ist ein Verstoß gegen den Grundsatz der Klarheit und Wahrheit festzustellen.

Während auf den Seiten 469/470 und 500 des Haushaltsentwurfs die geplanten Schulden der SEG vermutlich zutreffend dargestellt werden, wird im Vorbericht (s. Seite 17) ausgeführt, dass die Verschuldung der SEG zum 31.12.18 voraussichtlich auf 4,5 Mio. Euro ansteigen wird – in Wirklichkeit sind ja Kreditaufnahmen von über 10 Mio. Euro vorgesehen. Diese Aussage steht im Gegensatz zu den restlichen – vermutlich zutreffenden Ausführungen und färbt die Verschuldung schön und soll vermutlich nur verschleiern, dass die Sanierung und der Teilneubau des Rathauses nach den Plänen der Verantwortlichen bei der Stadt vollständig auf „Pump“ gebaut werden soll.

Dieser schon im Vorjahr festgestellte Zahlenwirrwarr stärkt in keiner Weise das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Abensberg in das Finanzgebaren von Bürgermeister und Kämmerei.

Den Vogel bei dem Ganzen schießt folgende Mail von den Stadtwerken vom 20.03.18 – also vorgestern - ab:

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei der Wirtschaftsplan 2018 der Stadtwerke Abensberg mit der Bitte um Austausch in der Tischvorlage zur Stadtratssitzung am 22.03.2018.

Beim Ausdruck des Haushaltsplans 2018 kam es leider zu einem Fehler bei der Datenauswahl, sodass der Wirtschaftsplan 2017 gedruckt wurde.

Der endgültige Haushaltsplan 2018 inkl. Wirtschaftsplan 2018 der Stadtwerke wird mit dem Protokoll der Sitzung versandt.

Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.

Obwohl ich kürzlich gegenüber dem Bürgermeister deutlich gemacht habe, dass die vorgelegten Unterlagen der Stadtwerke **nicht den Vorgaben der einschlägigen Eigenbetriebsverordnung entsprechen, wonach die veranschlagten Erträge, Aufwendungen und Zuweisungen zu den Rücklagen ausreichend zu begründen sind, insbesondere wenn sie von den Vorjahreszahlen erheblich abweichen und auch deshalb dem vorgelegten Werk nicht zugestimmt habe**, hat sich auch in der jetzt vorgelegten Version nichts geändert.

Vom Bürgermeister bekam ich, als ich ihn an seine Pflicht erinnert habe, die bestehenden gesetzlichen Regelungen einzuhalten, nur zu hören, dass ich eine Rechtsaufsichtsbeschwerde einlegen solle.

Der Gipfel der Unverfrorenheit ist nun dadurch erreicht, dass von den Stadtwerken ein Werk mit 111 Seiten (immerhin der „Haushalt“ der

Stadtwerke für das Jahr 2018) zwei Tage vor der heutigen Sitzung zugesandt worden ist, welches nur ein geringer Teil der Mitglieder des Stadtrats vorher zu Gesicht bekommen hat. Wie soll sich die große Mehrzahl der Mitglieder des Stadtrats in diese Pläne innerhalb der kurzen Zeit überhaupt noch einlesen, geschweige einarbeiten und dann mit gutem Gewissen abstimmen?

Herr Bürgermeister - wir seitens der Freien Wähler fordern sie nicht zum ersten Mal auf: Stoppen Sie Ihren immer größer werdenden Schlendrian! Hören Sie auf die Bürgerinnen und Bürger Abensbergs unnötig mit höheren Abgaben zu belasten sowie die Schulden zu erhöhen und gleichzeitig von Haushaltskonsolidierung zu sprechen.

Aufgrund der o.a. Punkte lehnen wir den Haushalt ab – nicht weil wir nicht sehen, dass die Steuereinnahmen sprudeln, sondern weil man es mit den zur Verfügung gestellten Mitteln wesentlich besser machen kann. Eine nachhaltige und seriöse Haushaltspolitik sieht unserer Auffassung nach anders aus.

Abensberg, 22.03.18

Josef Weber
Fraktionssprecher der Freien Wähler Abensberg